

# »Der Restbetrieb bleibt unterfinanziert«

Exzellenzinitiative für Hochschulen soll bis 2028 verlängert werden.

Ein Gespräch mit Torsten Bultmann

**H** heute stellen Bund und Länder vor, wie die »Exzellenzinitiative zur Förderung von Spitzenforschung« über das Jahr 2017 hinaus weitergeführt wird. Bis 2028 sollen fünf Milliarden Euro bereitgestellt werden. Viel Geld, für viele gutausgestattete Hochschulen?

Nein, es handelt sich schlichtweg um eine lineare Fortsetzung der Förderung, die 2006 ins Leben gerufen wurde. Es hat sich abgezeichnet, dass dieses Programm, obwohl es an den Universitäten sehr umstritten ist, einfach durchgewinkt wird. Das konnte man bereits 2014 absehen, als die Regierungschefs von Bund und Ländern einen Grundsatzbeschluss für die Fortsetzung des Programms gefasst hatten. Alle im Bundestag vertretenen Parteien, mit Ausnahme der Partei Die Linke, stimmen jedesmal für die Fortsetzung der Exzellenzinitiative. Es ist eine politische Weichenstellung in der Hochschulfinanzierung, die mit dem Anspruch einer Förderung von Spitzenforschung nichts zu tun hat.

**Der BdWi hat in einem Gutachten im Februar im Bundestag gesagt, es fehle an einer »Gesamtsystemperspektive«. Was ist damit gemeint?**

In den Dokumenten der Exzellenzinitiative taucht seit 2005 immer wieder die Formulierung auf, man wolle Spitzenforschung konzentriert an wenigen Standorten von Universitäten fördern, und damit gleichzeitig die Qualität des Gesamtsystems der deutschen Hochschulen steigern. Letzteres ist eindeutig nicht eingetreten. So dass es eigentlich auch kein Argument für die Fortsetzung des Programms gibt. Das heißt, an allen Hochschulen, die nicht im Rahmen der Exzellenzinitiative gefördert werden, haben sich die Arbeits- und Lehrbedingungen sukzessive verschlechtert.

**Welches Ausmaß nimmt die Unterfinanzierung der Mehrzahl der Hochschulen an?**

Da wäre zum Beispiel die Relation zwischen Studierenden und betreuendem wissenschaftlichen Personal. Das wird sogar im Gutachten der Internationalen Expertenkommission Exzellenzinitiative, IEKE, offen eingeräumt. Nun könnte man sagen, es hat mit der Exzellenzinitiative nichts zu tun, dass die anderen Hochschulbereiche nicht ausreichend finanziert werden. Das Hochschulsystem ist ja strukturell seit zwei Jahrzehnten un-

terfinanziert. Das hat es aber sehr wohl, weil dem regulären Hochschulbetrieb immer mehr Ressourcen und Personal entzogen werden.

**In Ihrem Gutachten schreiben Sie, bei der Exzellenzinitiative handele es sich um ein »politisches Programm«. Wie kann Bildung politisch sein?**

Wir kritisieren, dass es nicht in erster Linie um Wissenschaftsförderung geht, sondern darum ein neues System der Hochschulfinanzierung zu etablieren, welches darauf beruht, dass finanzielle Zuwächse nur noch über staatlich inszenierte Wettbewerbe verteilt werden. Der Restbetrieb bleibt unterfinanziert.

**Bundesbildungsministerin Johanna Wanka, CDU, hat ein Förderprogramm für kleine Universitäten und Fachschulen**

**angekündigt. Nimmt sie ihren Kritikern damit nicht den Wind aus den Segeln?**

Nein, denn in diesem Förderprogramm sind wesentlich geringere Summen vorgesehen als die Milliarden, die in die Exzellenzinitiative gepumpt werden. Und es handelt sich nicht um eine Flächenfinanzierung für die gesetzlichen Aufgaben der Hochschulen, sondern nur um befristete Sonderprogramme, was zu Recht auch von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, GEW, beklagt wird.

**Die Exzellenzinitiative zielt auf den Wettbewerb unter den Universitäten ab. Ist dadurch Spitzenforschung in der Fläche zu erreichen?**

Nein, das Resultat ist eine Geldkonzentration an wenigen Standorten. Zumal es sich dabei um diejenigen handelt, die schon vorher über die beste Ausstattung verfügten. Es gibt einen Konzentrationseffekt an der Spitze des Universitätsbetriebs. Nur 110 Universitäten und technische Hochschulen sind antragsberechtigt. Die 300 anderen Universitäten dürfen nicht mal Anträge stellen. Unterm Strich targen 20 der Topgerankten Universitäten die Exzellenzinitiative dann unter sich alleine aus.

**Haben Sie einen Gegenvorschlag?**

Ich bin grundsätzlich der Ansicht, dass ein besser finanziertes Universitätssystem in der Breite und in der Fläche einen höheren wissenschaftlichen Ertrag und gesellschaftlichen Nutzen erzielt als die Förderung weniger Spitzenbereiche neben einem völlig unterfinanzierten Rest.

Interview: Simon Zeise



Torsten Bultmann ist politischer Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)